



Zu Gast bei der Kammerversammlung Staatssekretär Karl-Josef Laumann (CDU)



◀ Karl-Josef Laumann gehört dem Sozialflügel der Christlich Demokratischen Union an.

Quelle: CDU Nordrhein-Westfalen

Selbstverwaltung das Wort. Hier beruhigte besonders, dass die Definition der Freiberuflichkeit bei uns liegt, expressis verbis: Jeder angestellter Arzt/Zahnarzt, der als Angestellter einer Klinik eine Diagnose stellt und die Therapie bestimmt, ist in sich freiberuflich tätig.

Rosige Zeiten? Nicht ganz. In der anschließenden Diskussion kam die Desillusionierung: Wenn es um Finanzierungsgrenzen geht, ist die Selbstverwaltung ein willkommener Deckmantel, der alles regeln muss. Die nächsten 1,5 Jahre wird Herr Laumann sich der Verbesserung der Rahmenbedingungen der Pflegeberufe widmen, die seiner Meinung nach bei allen Reformen bislang nicht ausreichend bedacht wurden. Die Demographie und die absehbaren Entwicklungen im ländlichen Raum erfordern schnelles Handeln.

An dieser Stelle plauderte der Minister, der 1957 im ländlichen Riesenbeck zur Welt kam und selbst Vater von 3 Kindern ist, darüber, dass es mit seinem Hintergrund für ihn noch vor kurzem undenkbar gewesen sei, Betreuungsplätze für unter Dreijährige schaffen zu müssen... Aus seinem Verständnis von Familie kümmerte sich die Mutter nicht nur um die Kinder, sie betreute selbstverständlich auch die sog. Alten. Eine Lebens- und Denkweise, die die Realität längst überholt hat.

Dann nutzte Herr Laumann die Gunst der Stunde zur Werbung für seine Partei und sprach der Freiberuflichkeit sowie der Notwendigkeit der

Der Kollege Dr. Wilfried Beckmann stellte - nach folgender Argumentationskette: Jahrelange Prävention zum Erhalt möglichst vieler Zähne bis ins hohe Alter; beginnende Probleme bei Verlust der Mobilität, hiermit einhergehend der Verzicht auf weitere Vorsorge, da man ja den Angehörigen nicht durch Fahrdienste zur Last fallen möchte; somit letztendlich bei Erreichen einer Pflegestufe und des Heimaufenthalts zwar vielbezahnt, aber dringend behandlungsbedürftig - die Forderung auf, doch den sog. „Transport- oder Taxischein“ wieder einzuführen. Ja, da war dann wieder die Aufforderung, die Politik zu fordern und im Übrigen sind jetzt erstmal die Pflegeberufe dran...

Auch eine Kollegin, die von ihrer Risikoschwangerschaft, Kaiserschnittgeburt und vorzeitigem Weiterarbeiten in der eigenen Praxis wegen finanzieller Gründe berichtete, wurde „abgebügelt“ mit der Frage, ob es denn bei uns keine Regelung i. S. eines Betriebsheifers gebe, so wie in der Landwirtschaft bekannt! Ja, verehrte Gesundheitspolitiker, man kann so vieles regeln und absichern, die Möglichkeiten sind Legion und fantastisch, teilweise Pflicht und durch Monopolisierung auch in den Beiträgen top! So etwas will bezahlt werden. Aber solange selbst bei Hygienekosten und Praxisbedarf sowie der Honorierung generell Schicht im Schacht ist, ist nicht nur das Eingehen einer Praxisausfallversicherung wohl Luxus...

FAZIT:

Die Selbstverwaltung ist seitens der Politiker sehr willkommen, der Sachverstand hochgelobt, obwohl er sich manchmal in etwas ungünstigen Ergebnissen niederschlägt (siehe Kooperationsverträge...).

Aber bei handfesten Forderungen der Zahnärzteschaft gilt ein aufmunterndes „SEHT ZU!“ ■

TERMINE

10.09.2014, Münster
FVDZ WL - LANDESVERSAMMLUNG
Sparkassenakademie

19. – 22.09.2014, Weimar
FVDZ - 6. WEIMARER FORUM 2014
congress centrum neue Weimarahalle

20.09.2014, Münster
Zahnärztekammer WL - Kongress Zukunft

09. – 11.10.2014, Würzburg
FVDZ - HAUPTVERSAMMLUNG
Maritim Hotel

Hausaufgaben für den Bundesgesundheitsminister

„In der GOZ fehlen Positionen zur Berechnung der Zahnärztlichen Versorgung von pflegebedürftigen Patienten in stationären Pflegeeinrichtungen wie im GKV Bereich.“ Der Landesvorsitzende des Freien Verbandes Deutscher Zahnärzte Markus Büssing gab dem Gesundheitsminister Hermann Gröhe diese Hausaufgabe mit nach Berlin.

In einem nahezu freundschaftlichen Treffen vor Vertretern der Freien Berufe am 18. Juni in Düsseldorf setzte der Verband Freie Berufe NRW seine Reihe „Politische Dialoge“ erfolgreich fort.

Minister Gröhe hinterließ als ehemaliger Rechtsanwalt ein deutliches Bekenntnis zur Freiberuflichkeit sowie den professionellen Willen, alle Aktivitäten aus dem Gesundheitsministerium dem Nutzen für den Patienten unterzuordnen. ■

KZBV-Vertreterversammlung: Gemeinsames Risiko- und Fehlermanagement mit der BZÄK beschlossen

Dem Wunsch der Kollegenschaft nach einem möglichst leicht zu handhabenden und die Praxen möglichst wenig belastenden Fehlermanagementsystem hat die Vertreterversammlung der KZBV Rechnung getragen. Das gemeinsam mit der BZÄK entwickelte System CIRS DENT soll im nächsten Jahr an den Start gehen. Damit wird eine wichtige Forderung unseres Verbandes erfüllt – nicht noch mehr Belastung als nötig in den Zahnarztpraxen. Ganz ohne Fehlermanagementsystem, wie berufspolitisch oft gefordert, wird es leider – aufgrund gesetzlicher Vorgaben – nicht gehen. Und schon wieder wird mehr unbezahlter Arbeitsaufwand in die Praxen getragen...

Die Delegierten forderten Politik und Gesetzgeber auf, Qualitätsförderung zu betreiben, statt in Kontroll- und Prüfwahn zu verfallen. Die negativen Folgen, nämlich Defensivmedizin und Risikoselektion bei der Patientenbehandlung, wurden drastisch dargestellt. Stattdessen soll die Patientenversorgung verbessert werden.

In diesem Zusammenhang wurde der Vorstand der KZBV aufgefordert, ein Konzept zu entwickeln, das den KZVen bei einer abgestimmten Erfüllung der Pflichten aus den Vorgaben des SGB V zur Qualitätsförderung, -sicherung und -management Unterstützung bietet. Informationen und Unterstützung, die sich an den Vertragsnotwendigkeiten und auch an der Wirtschaftlichkeit orientieren, sind dringend erforderlich. Um das Bild abzurunden, wurde ein Antrag durch die VV einstimmig angenommen, der die zahnärztlichen Standesführungen und die gesamte Kollegenschaft aufruft, dem schleichenden Verlust der Freiberuflichkeit nicht tatenlos zuzusehen, sondern diesem mit Nachdruck zu begegnen. ■



◀ Als Rechtsanwalt ein Verfechter der Freien Berufe: Hermann Gröhe, seit 2013 Bundesminister für Gesundheit

◀ Ein Beitrag von Dr. Klaus Befelein, Sprockhövel Stellv. Vorsitzender Verband Freie Berufe NRW e.V.

westfalen-lippe



Freier Verband
Deutscher
Zahnärzte e.V.



Informationen für Mitglieder des FVDZ WL

September | 2014

Braucht die Selbstverwaltung eine Frauenquote?

Ein Beitrag von Dr. Sabine Wagner

Die „drohende“ Feminisierung unseres Berufsstandes ist aktuell neben der sog. Generation Y und der allgemeinen demographischen Entwicklung stets ein Diskussionspunkt in allen Foren. Angesichts der teilweise schon die 70 % erreichenden Studienanfängerinnen an den Hochschulen ist es absolut notwendig und dringend, sich Gedanken darüber zu machen, diesem Trend auch in der Vertretung der Kollegenschaft nach außen und innen (Selbstverwaltung) Genüge zu tun. Aber bedarf es dazu der Einführung einer Frauenquote in den Körperschaften?

Kurz zum Stand der Dinge: Zurzeit sind in den 17 Landes Zahnärztekammern in 14 Kammern Kolleginnen im Vorstand vertreten, eine besonders gute „Quote“ hat Brandenburg mit 3 weiblichen von insgesamt 7 Vorständlern. Von den 97 Delegierten unserer Kammerversammlung sind 15 weiblich. Sicherlich keine Quotenfrauen, ebenso wenig wie die Bundesvorsitzende des Freien Verbandes, Kerstin Blaschke.

Am 25. Juni ist postalisch die erste Wahlbekenntmachung für die Wahl zur Kammerversammlung in den Praxen angekommen. Dort steht unter Punkt 3: „Berücksichtigung von Frauen“, es soll, nicht muss, das Geschlecht, das unter den wahlberechtigten Berufsangehörigen in der Minderheit ist, entsprechend dem zahlenmäßigen Verhältnis vertreten sein. Wenn die Feminisierung wirklich so durchschlägt, wie es an den Hochschulen aussieht, muss dann demnächst vielleicht unter Punkt 3 „Berücksichtigung von Männern“ stehen?

Meiner Meinung nach ist die Einführung jeglicher Quoten völliger Unsinn. Hier besteht die Gefahr einer Besetzung wichtiger Posten mit unterqualifizierten Kandidatinnen und Kandidaten. Bezogen auf unseren Berufsstand und die Selbstverwaltung sind sehr viele Angebote für die junge Kollegenschaft, nicht nur für die Frauen, vorhanden, sich berufspolitisch zu engagieren (siehe Beitrag Michael Lawerino). Nicht nur die Angebote des Freien Verbandes, auch die Selbstverwaltung hat



Dass speziell durch die Feminisierung und den Wunsch nach der sog. „Work-Life-Balance“ (für mich das Unwort des Jahres 2014 – wer bezahlt den Spaß eigentlich, oder kann ich nicht rechnen?) eine Veränderung in den Praxisformen ins Haus steht, ist allen Kollegen hinreichend bewusst. Aber eine aus dem Boden gestampfte Frauenquote löst die Probleme auch nicht schneller oder besser. Wie gesagt, die Angebote sind da, ich würde mir nur mehr persönliche Ansprache wünschen. Für besonders wichtig halte ich die Maxime, immer einen Nachfolger, in diesem Falle eine Nachfolgerin, rechtzeitig vor Ort aufzubauen. So habe ich es immer gehalten, und so wächst meiner Meinung nach alles in die richtige Richtung. ■



Kurz noch einmal meine Antwort auf die Forderung einer Frauenquote:

- Besseres Bewerben der vorhandenen Angebote für berufspolitisch Interessierte
- Mentoring/Patenschaften vor Ort, gezieltes Fördern und Nachfolger vorbereiten

Bitte hier ausschneiden.

Der Faule Zahn 2014

Der Negativ-Preis des FVDZ WL



Stimmen Sie jetzt ab!

JUBILARE

65. GEBURTSTAG:

Richard Wagner, Paderborn
Dr. Günter, Schliebs, Kreuztal
Udo Schueper, Gelsenkirchen
Dr. Hans-Jochen Jonscher, Selm
Dr. Karl G. Junge, Iserlohn
Bernd Bertelsmeyer, Meschede
Dr. Norbert, Stadermann, Marl
Dr. Wolfgang Panthenius, Minden

Dr. Hans-Gerd Balks, Rheine
Dr. Wolfgang Stoltenberg, Bochum

70. GEBURTSTAG:

Dr. Hans Funnekötter, Münster
Mehmet Sait Kocaefe, Hagen
Dr. Jürgen Buckemüller, Schwerte
Dr. Klaus Potthast, Paderborn

75. GEBURTSTAG:

Dr. Hans-Lutz May, Werne
Dr. Werner Besselmann, Dortmund

80. GEBURTSTAG:

Dr. Antonius Vossenber, Steinfurt
Dr. Beate Greve-Jansen, Minden

85. GEBURTSTAG:

Barbara Vocke-Becker, Bad Driburg

90. GEBURTSTAG:

Dr. Hans Stöcker, Sprockhövel
Karlheinz Mentz, Dortmund
Dr. Dr. Friedhelm Peppmeier, Spenge



IMPRESSUM

Herausgeber:
Freier Verband Deutscher Zahnärzte
Westfalen-Lippe

Landesgeschäftsstelle:
Auf der Horst 29, 48147 Münster

Verantwortlich für den Inhalt:
Markus Büssing, Vorsitzender,
E-Mail: westfalen-lippe-aktuell@fvdz-wl.de

Layout:
© papenbusch media GmbH

Fotos:
© FVDZ-WL, © Initiative pro Dente e. V.
© fotolia

Handlungsbedarf bleibt bestehen



Sehr geehrte Frau Kollegin, sehr geehrter Herr Kollege,

der Freie Verband hat seine Hausaufgaben gemacht. Gemeinsam mit den Landes-

vorsitzenden hat der Bundesvorstand einen politischen Forderungskatalog erarbeitet, der an die verantwortlichen Stellen im Bund versendet wurde.

Da ist das politische Bekenntnis zur Freiberuflichkeit als tragende Säule des Gesundheitswesens eine positive Antwort des Bundesministers, ebenso sind Therapiefreiheit und freie Arztwahl ein zu schützendes Gut.

Aber andere, wichtige Forderungen des Verbandes bleiben – bis jetzt – ohne konkrete Antwort.

E-Health, hier besonders die Kommunikation mit der elektronischen Gesundheitskarte, ist für den zahnärztlichen Berufsstand von untergeordneter Bedeutung. Nicht für die Regierung.

In dem zu schaffenden Institut für Qualitätskontrolle in der Medizin soll zahnmedizinischer Sachverstand durch personelle Besetzungen einfließen. Sitz und Stimme der Zahnärzteschaft sind von essentieller Bedeutung. Geht es doch der Politik vornehmlich um die Sicherung der Ergebnisqualität, nicht um Prozessqualität...

Es besteht noch viel (Ver)Handlungsbedarf. Wir bleiben dran!

Ihr

Markus Büssing

Markus Büssing
Landesvorsitzender im FVDZ WL

Kollegen im Interview

Dr. Detlev Buss & Hans-Joachim (Hajo) Beier

Hans-Joachim (Hajo) Beier und Dr. Detlev Buss kandidieren bei den anstehenden Kammerwahlen erneut für den FVDZ WL. Im Interview haben sie uns einiges zu ihren Zielen und Vorhaben erläutert.

Dr. Detlev Buss:

Westfalen-Lippe aktuell: Seit 31 Jahren im Freien Verband, seit über 23 Jahren aktiv: Was treibt Sie an?

Detlev Buss: Gerade wenn eine Berufsgruppe so klein ist wie unsere, ist ein starker Verbandsauftritt ausschlaggebend für das Durchsetzen beruflicher Interessen - andere tun nichts für uns. Und der Freie Verband ist im Gegensatz zu den anderen zahnärztlichen Gruppierungen völlig flächendeckend in der Kollegenschaft verwurzelt. Daher wissen und formulieren wir, was die Kollegenschaft will.

Westfalen-Lippe aktuell: Im Kammervorstand haben Sie das Referat Praxisführung/Berufs ausübung inne. Wie sehen Ihre Arbeit, Ihre Ziele und Wünsche dort aus?

Detlev Buss: Bei der dynamisch grassierenden Verrechtlichung unserer Gesellschaft und der daraus resultierenden Dokumentaritis auch unseres Berufes ist es meine Aufgabe, einerseits den Kollegen die gesetzlichen Anforderungen mitzuteilen, ihnen andererseits aber auch so viel Hilfestellung für eine praxisfreundliche Umsetzung zu geben wie möglich.

Die Repetitorien sind „aus meinem Hause“, weitere sind in Arbeit.

Ich konnte die Beiträge im Bereich Röntgenstelle halten, im BuS-Dienst habe ich für die westfälischen Kollegen Beitragsgerechtigkeit eingeführt - warum sollte auch ein westfälischer Zahnarzt mehr zahlen als andere?

Die MAZI-Studie, die die manuelle Aufbereitung exkulpiert, ist maßgeblich von meinem Ressort geleitet worden. Hier gibt es auch in Zukunft noch einiges zu tun, weil unser Ministerium die maschinelle Aufbereitung von kritisch-B Medizinprodukten fordert. Letztendlich muss jeder Praxisinhaber selber errechnen, ob für ihn die Maschinenstunde kostengünstiger ist oder die Personalkosten pro Stunde Instrumentenaufbereitung.



▲ Dr. Detlev Buss

Westfalen-Lippe aktuell: Es gibt einige Gesundheitsämter, die zahnärztliche Praxen regelmäßig begehren wollen; was tut sich dort?

Detlev Buss: Grundsätzlich dürfen Gesundheitsämter jederzeit jede Praxis begehren - das Infektionsschutzgesetz macht's möglich. Aber: Wir haben mit den entsprechenden Ämtern und dem politischen Umfeld einen ausgiebigen und sachlichen Dialog geführt. Wir sind weiter in Kontakt, so dass wir hier eine ganze Menge für die Kollegenschaft erreichen konnten. Wir werden als sachliche Gesprächspartner wahrgenommen und respektiert und genau in diesem Stil möchte ich weiterarbeiten.

Hans-Joachim (Hajo) Beier :

Westfalen-Lippe aktuell: Sie sind jetzt seit 25 Jahren im Freien Verband Deutscher Zahnärzte und seit fast fünf Jahren im Kammervorstand WL berufspolitisch tätig. Was motiviert Sie?

Hans-Joachim Beier: Die durchaus noch vorhandene Möglichkeit, die Dinge, die wir als Zahnärzteschaft noch selber regeln können, auch in unserem Sinne zu regeln. Denn das, was man nicht selber regelt, das regeln andere - vornehmlich die Politik - und dies erfahrungsgemäß schlechter. Das klingt banal, ist es aber nicht. Demographische, gesellschafts- und berufspolitische Veränderungen kommen langsam und schleichend und werden gerne lange ausgeblendet, auch in der Zahnärzteschaft. Man tut sich schwer, die für die Zukunft nötigen Entscheidungen heute auch einzuleiten bzw. zu beschließen. Zudem sind diese oft unpopulär und so bleibt man beim Status quo bis andere es (s. oben „schlechter“) für uns entscheiden.



▲ Hans-Joachim (Hajo) Beier

Westfalen-Lippe aktuell: Können Sie das konkretisieren?

Hans-Joachim Beier: Gerne. Die Zahnärzteschaft muss sich in Zukunft z. B. darauf einstellen, dass sich nur noch wenige Zahnärzte nach Studium und Assistenzzeit niederlassen. Die meisten möchten ihr Berufsleben lang im Angestelltenverhältnis arbeiten. Hier stellt sich die Frage: Wie bringe ich die überschaubare Zahl der Zahnärzte, die noch selbstständig agieren wollen, mit der großen Zahl von angestellten Zahnärzten zusammen? Hierzu bedarf es veränderter Praxisstrukturen. Tendenziell müsste die Durchschnittspraxis deutlich wachsen, hin zu ein bis drei angestellten Zahnärzten. Diese neuen Strukturen sollen aber nicht nur juristisch möglich sein, was heute schon bedingt der Fall ist. Beispielsweise wurden Zweigpraxen und MVZs bereits von der Politik für uns nicht ganz optimal, da nicht selbst entwickelt, angedacht, sondern müssen auch von uns gelebt und unterstützt werden. Sonst droht eine Kettenbildung à la Fielmann durch externe Kapitalgeber. Die Unterstützung der Kammer kann dabei von der Entwicklung neuer Praxisformen (z. B. Genossenschaften) über die Vereinfachung und Entbürokratisierung der Praxisführung bis hin zur Verringerung der Notdienste gehen. Auch wird es immer schwieriger, genügend und vor allem genügend gut qualifizierte Mitarbeiter auszubilden und im Beruf zu halten.

Landesvorstand WL unterstützt das Mentoring-Programm des FVDZ

Seit nun über einem Jahr engagiert sich der Freie Verband erfolgreich über das ZoRA KompetenzNetzwerk für ein berufspolitisches Mentoring-Programm für Zahnärztinnen. Aufgrund dieses Erfolges und des großen Interesse von Studenten wird das Projekt nun bundesweit auf den gesamten zahnmedizinischen Nachwuchs ausgeweitet. Hier können Austausch, Lernen und Experimentieren stattfinden, außerdem potenzielle Fähigkeiten und neue Kompetenzen entwickelt werden. Damit Mentoren und Mentees

zusammenfinden, wurde ein Fragebogen entwickelt, mit dessen Hilfe passende Partner für das „MentoringProgramm – Generation Y“ gefunden werden sollen. Den Fragebogen finden Sie unter:

<http://www.fvdz.de/MentoringProgramm.html>

Die Mitglieder des Landesvorstandes wollen in diesem Rahmen ein positives Zeichen setzen und unterstützen das „MentoringProgramm – Generation Y“ als Mentoren.

Westfalen-Lippe aktuell: Der letzte Punkt würde uns näher interessieren. Warum ist das so?

Hans-Joachim Beier: Auf dem Arbeitsmarkt findet aufgrund der demographischen Entwicklung eine Verringerung der Anzahl der Arbeitskräfte und damit verbunden ein Verdrängungswettbewerb statt. Das heißt konkret, die leistungsstärkeren Arbeitnehmer bewerben sich - da ja ein Mangel besteht, können sie sich das auch durchaus leisten - nur noch für die vermeintlich attraktiveren Berufe bei Banken und Versicherungen, die deutlich besser bezahlt werden und zudem oft auch noch bessere Arbeitszeiten bieten.

Zunächst wird diese Lücke, zumindest von der Besetzung her, von den nicht so leistungsstarken Arbeitnehmern, die früher nicht oder nur bedingt eingestellt wurden, vermeintlich geschlossen. Diese können aber das anspruchsvolle Berufsbild der Zahnmedizinischen Fachangestellten zunehmend nicht mehr befriedigend erfüllen. Die Ausbildung wird von diesen häufiger nicht mehr oder wenn nur mit schlechteren Noten beendet. Die Aufnahmeprüfungen für Weiterbildungsmaßnahmen, genannt seien hier beispielhaft ZMP, DH und Fachwirtin, werden von vielen Bewerbern und Bewerberinnen nicht mehr bestanden. Es fehlen heute schon vor allem qualifizierte Mitarbeiter. Während noch vor zehn Jahren nahezu jede ZFA mit bestandener Abschlussprüfung ZMP oder Fachwirtin werden konnte, sind es heute nur wenige.

Die Leistungsstärkeren lassen sich in der bisher praktizierten Form nicht mehr ansprechen, selbst wenn man das Gehalt deutlich anheben würde. Hier müssen innovative Entscheidungen für neue Ausbildungswege sowohl für die Leistungsstärkeren, beispielhaft möchte ich hier mutig die Bachelor DH nennen, als auch für Leistungsschwächere, z. B. und durchaus nicht weniger mutig möchte ich hier die geteilte ZFA Abschlussprüfung mit Zertifikat vorschlagen, her.

Aber ich erwähnte es ja schon, man probiert vielerorts, die Probleme schönzureden. Gute Argumente sowie berufspolitisches Engagement können dies aber zum Wohle der zahnärztlichen Kollegen ändern. Davon bin ich überzeugt und das treibt mich an. Ein gewisser Bewusstseinswandel in den letzten Jahren ist für mich auch schon spürbar, besonders in Westfalen-Lippe. Was immer möglich, sollte die Zahnärzteschaft innovativ selber regeln, sonst regeln es andere schlechter für uns.

Westfalen-Lippe aktuell:

Vielen Dank.

Beide Interviews wurden geführt von Dr. Michael Lawerino. ■



Der „Faule Zahn 2014“

Unsere drei aussichtsreichen Kandidaten

Auf der Landesversammlung am 10. September in Münster wollen wir wiederum eine Person oder Organisation auszeichnen, die sich in herausragend negativer Art und Weise mit Worten und/oder Taten um das Gesundheitssystem bzw. den Bereich der Zahnheilkunde bemüht hat.

Dass sich der Preisträger den „Faulen Zahn 2014“ ebenso ungern ins Regal stellt wie ein Autohersteller die „Silberne Zitrone“ oder ein Schauspieler die „Goldene Himbeere“, liegt in der Natur der Sache. Wer möchte schon öffentlich



darauf hingewiesen werden, dass er sich unqualifiziert geäußert oder dem Gesundheitswesen einen Bärendienst erwiesen hat.

Dennoch ist es enorm wichtig, dass wir regelmäßig den Finger in die Wunde legen. Missstände, die Verunglimpfung eines ganzen Berufsstandes sowie das wissentliche Schüren von Vorurteilen gehören angeprangert. Für dieses Jahr schlagen wir Ihnen drei höchst aussichtsreiche Bewerber vor. Sie alle haben es uns durch ihr Reden und Tun die Nominierung leicht gemacht:

Die **EU-KOMMISSION** erfreut uns seit Jahren mit immer weiter ausufernder Bürokratie. Nun aber steht ein gefährlicher Generalangriff auf die Gesamtheit der Freien Berufe ins Haus. Davon betroffen wären Rechtsanwälte, Steuerberater, Ärzte, Zahnärzte, Apotheker... Geplant ist eine Überprüfung der regulierten Berufe schon für das übernächste Jahr.

Angedacht ist, das System der Selbstverwaltung, d. h. der Kammern, die nicht zuletzt für Aus-, Fort- und Weiterbildung stehen, abzuschaffen. Als Konsequenz ist zu befürchten, dass die hohen Qualitätsstandards bei den medizinischen Dienstleistungen in Deutschland verwässert werden und sich zum Schaden der Patienten ein Wettbewerb nach unten entwickelt.

CHRISTIAN HELLMANN, Chefredakteur aus dem Hause Springer verantwortet den im Mai in der HÖRZU erschienen Artikel „Skandal-Akte Zahnarzt“. Getreu dem Motto „Auflage vor Qualität“ bezichtigt der Autor in reißerischer Manier die Zahnärzteschaft pauschal der Patienten-Abzocke und -Täuschung. Überflüssig zu erwähnen, dass die im Artikel genannten Zahlen teils nicht korrekt sind und im Vorfeld auf einen klärenden Dialog mit den Beschuldigten wohlweislich verzichtet wurde.

THOMAS KUTSCHATY, NRW-Justizminister, forderte jüngst ein Fahrverbot als Strafe für Steuersünder. Das ist zunächst nicht zu beanstanden. Die Begründung jedoch machte uns sprachlos: „Wenn der Zahnarzt sechs Monate seinen Porsche stehen lassen muss, trifft ihn das viel mehr als eine Geldstrafe.“ Bleibt uns nur, dem

Minister für die erneute Ankurbelung einer immerwährenden Neidebatte zu danken – oder ihm den „Faulen Zahn“ zu überreichen. ■



▲ Thomas Kutschaty, Quelle: JustizNRW

Stimmen Sie für Ihren Favoriten!

Sie entscheiden!
Wem wird der Faule Zahn 2014 verliehen?

Kreuzen Sie einfach Ihren Favoriten an!

Die Postkarte ausschneiden und einsenden.

Einsendeschluss: 01. September 2014

Der Faule Zahn 2014

Wahl

Kreuzen Sie einen der drei Anwärter an.

EU-Kommission

Chefredakteur Christian Hellmann

NRW-Justizminister Thomas Kutschaty

Freier Verband Deutscher Zahnärzte e.V.
Auf der Horst 29

48147 Münster

Bitte frei machen

Bitte hier ausschneiden.